

ANTIIMPERIALISMUS

Bildungszeitung

der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) 2 / 2014





ANTIIMPERIALISMUS

Bildungszeitung

der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) 2 / 2014

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG.....SEITE 03

TEXT 1: IMPERIALISTISCHE UNTERDRÜCKUNG UND ANTIIMPERIALISTISCHER BEFREIUNGSKAMPF SEITE 04

Vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus.....Seite 04

Bedeutung und Funktion von imperialistischer Unterdrückung

am Beispiel der Kolonie Angola.....Seite 05

Notwendigkeit des antiimperialistischen Kampfes.....Seite 06

Die Strategie der nationalen Befreiung.....Seite 07

TEXT 1 -ARBEITSFRAGEN.....Seite 09

TEXT 2 ANTIIMPERIALISMUS HEUTE SEITE 10

Epochenzäsur 1989.....Seite 11

Was ist Antiimperialismus?.....Seite 12

Das Beispiel Ukraine.....Seite 13

TEXT 2 -ARBEITSFRAGEN.....Seite 15

TEXT 3: DER HAUPTFEIND IM EIGENEN LAND SEITE 16

Feindbestimmung im Ersten Weltkrieg.....Seite 16

Feindbestimmung heute.....Seite 17

Der gegenwärtige deutsche Imperialismus.....Seite 18

Europastrategien des deutschen Kapitals.....Seite 18

„Weltweite Verantwortung“.....Seite 19

Antiimperialismus in Deutschland.....Seite 20

TEXT 3 -ARBEITSFRAGEN.....Seite 21

KASTEN: DER ISRAEL-PALÄSTINA-KONFLIKT SEITE 22

KASTEN -ARBEITSFRAGE.....Seite 23

GLOSSAR.....SEITE 24

LITERATURLISTE.....SEITE 27

ANTIIMPERIALISMUS

EINLEITUNG

Was bedeutet der in unseren Materialien ständig auftretende Begriff des „Antiimperialismus“ eigentlich konkret? Ist alles, das sich gegen Imperialismus stellt, fortschrittlich? Mit wem kann man sich unter welchen Umständen solidarisieren und zusammen kämpfen?

Zwischen antiamerikanischen Querfront-Mahnwachen und kriegstreibenden Antideutschen, einer schwachen, pazifistisch geprägten Friedensbewegung und „deutscher Verantwortung“ in aller Welt fällt es immer schwerer, zu internationalen Entwicklungen Stellung zu beziehen. Wie passen unsere Aktionen gegen den „war on terror“ im mittleren Osten, „Regime-Change“ in der Ukraine, Sanktionen gegen den Iran und der Kampf um den Sozialismus zusammen?

Über die Frage einer passenden anti-imperialistischen Strategie wird international unter KommunistInnen gestritten. Diese Bildungszeitung stellt dabei keineswegs eine Patentlösung dar. Sie soll einerseits den Verband über grundlegende Inhalte informieren und andererseits ihn dazu befähigen, eine breite und konstruktive

Debatte zu führen. Diese Doppelfunktion spiegelt sich auch in den Texten wider. Der erste Text behandelt die Entwicklung zum Imperialismus seine grundlegenden Merkmale. Am Beispiel des Kolonialismus werden imperialistische Unterdrückung und verschiedenen Möglichkeiten zur nationalen Befreiung dargestellt. „Antiimperialismus heute“ befasst sich mit einer Einschätzung des globalen Imperialismus, seiner Kernländer und wirft die Frage nach der Bestimmung fortschrittlicher Bewegungen und antiimperialistischer Solidarität mit innenpolitischen Reaktionären auf. Der letzte Teil ist eine Analyse des deutschen Imperialismus und gibt eine Handlungsorientierung für unseren Kampf.

Zusätzlich haben wir einen Informationskasten zum Nahostkonflikt erstellt. Dieser gibt Informationen zur Entstehung Israels und eine Einschätzung der aktuellen Lage in der Region. Dieses Beispiel eignet sich zur Diskussion verschiedener antiimperialistischer Strategien, außerdem ist die Positionierung in diesem Konflikt für weite Teile der Linken ein bedeutendes Thema.



Foto: unbekannt.
Deutscher Kolonialherr in
Togo (ca. 1885)

ANTIIMPERIALISMUS

Bildungszeitung

der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) 2 / 2014

Text I:

Imperialistische Unterdrückung und antiimperialistischer Befreiungskampf

Vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus

Anfang bis Mitte des 19. Jahrhunderts setzte sich in Zentraleuropa der Kapitalismus gegen den Feudalismus durch. Leibeigenschaft und Lehnherrschaft wurden in diesem Prozess durch Lohnarbeit und Kapital verdrängt. Durch diese neue Produktionsweise und die damit verbundene Industrialisierung kam es zu einem außerordentlichen Produktivitätszuwachs, mehr Waren wurden produziert, die verkauft werden konnten und mussten. Dieser „junge“ Kapitalismus ist der Kapitalismus der freien Konkurrenz, der sich unter anderem durch viele, untereinander „gleichberechtigte“ und verhältnismäßig kleine Betriebe auszeichnete. Immer wieder gingen Betriebe pleite, neue wurden gegründet, jeder Kapitalist versuchte, möglichst viele seiner Waren, möglichst profitabel herzustellen und zu verkaufen. Die Jagd nach den Marktanteilen war eröffnet.

Doch noch im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erlebten Marx und Engels, dass der Kapitalismus der freien Konkurrenz durch Kapitalkonzentration und -zentralisation zu einem neuen Stadium strebte. Denn die Menge an Geld, die zum Kauf neuer Produktionsmittel benötigt wurde, wuchs,

weniger produktive Betriebe wurden massenhaft konkurrenzunfähig, gingen unter und der nationale Markt wurde mehr und mehr aufgeteilt.

Das aus dieser Tendenz entstehende monopolistische Stadium hob die freie Konkurrenz schließlich auf, kleinere Kapitale auf nationaler Ebene wurden entweder aufgekauft, ruiniert oder vom Monopolkapital abhängig. Zu diesem Zeitpunkt verändert sich auch die Funktion des Staates. Er ist nicht mehr der ideelle Gesamtkapitalist der Bourgeoisie. Er vertritt – bei zunehmender relativer Selbstständigkeit und gleichzeitig stärker werdenden Verflechtungen zwischen Staat und Monopolbourgeoisie – mehr und mehr die Interessen einzelner Monopole. Als die Monopole innerhalb ihrer staatlichen Grenzen ihre Waren nicht mehr verkaufen konnten, wurden sie exportiert. Diese internationalen Absatzmärkte waren allerdings auch beschränkt und nachdem sie erschlossen waren, machten sich die Monopole und ihre Staaten an die gewaltsame Expansion und (Neu-)Aufteilung der Welt.

Lenin untersuchte dieses Stadium und stellte dabei fünf wesentlichen Merkmale heraus: I. Die Industrialisierung

ANTIIMPERIALISMUS

ist so weit vorangeschritten, dass zur Finanzierung der Produktionsmittel dauerhaft Kredite notwendig geworden sind. Es kommt zur Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zum Finanzkapital. Daher können 2. nur außerordentlich große, monopolistische Konzerne diese hochindustriellen Produktionsmittel nutzen: Die vorherrschende Form des Kapitals ist die Monopolbourgeoisie. 3. Der Kapitalexport ersetzt den Warenexport. Das bedeutet, dass nicht mehr das fertige Produkt exportiert wird, also nicht mehr nur der Verkauf und damit die „Geldwerdung“ von bereits geschaffenem Mehrwert international abläuft, sondern die Produktion mit ihren Produktionsmitteln, die Schaffung des Mehrwerts selbst, ins Ausland verlagert wird. Die Mehrwertaneignung wird international und damit auch umfangreicher. 4. Mit diesem Kapitalexport teilen monopolistische Kapitalvereinigungen die globalen Märkte unter sich auf. Und 5. Die territoriale Gliederung der Welt ist abgeschlossen.

Zusätzlich zu ihren umfangreichen ökonomischen Untersuchungen besteht die besondere Leistung von Marx, Engels und Lenin darin, dass sie stets die Wichtigkeit der von ökonomischen Klasseninteressen abgeleiteten und nicht von dieser trennbaren politischen Ebene betonten. Die politischen Verhältnisse sind demnach Ausdruck eines konkreten, historischen Klassenverhältnisses.

Die deutlichsten Ausdrücke dieses neuen, imperialistischen Stadiums des Kapitalismus' waren der Kolonialismus, verbunden mit Kolonialkriegen und der erste Weltkrieg. Diese Erscheinungen zeigen, dass sowohl die nationalen Märkte erschöpft als auch die internationalen Märkte verteilt sind und die territoriale Aufteilung der Welt in Staaten und Kolonien abgeschlossen ist. Dagegen ist der kapitalistische Zwang zur Profitmaximierung jedoch nicht aufgehoben – um Kapital wieder profitbringend akku-

mulieren zu können, müssen bestehende Märkte buchstäblich erobert, neu aufgeteilt werden.

Insofern ist die Beschränkung des Imperialismusbegriffs auf die politische Ebene, eben als besonders aggressive Form der Außenpolitik unzulässig, als dass sie die Ursache, die aus dem Kapitalismus erwachsende Notwendigkeit dieser aggressiven Expansionspolitik nicht erkennt. Damit muss sie entweder zu dem Schluss kommen, der Kapitalismus wäre in den letzten Jahrzehnten friedlicher, die Konkurrenz geringer geworden oder aber die Kriegspolitik im Allgemeinen auf zufällig „dumme“ bzw. zu „gierige“ Politiker zurückführen. Beides erscheint wenig plausibel, wenn man einerseits bedenkt, dass immer mehr und vor allem größere Kriege geführt werden und man davon ausgeht, dass die Geschichte keine Anhäufung von Zufällen ist.

Bedeutung und Funktion von imperialistischer Unterdrückung am Beispiel der Kolonie Angola

Der Kolonialismus ist eine sehr plakative historische Form der imperialistischen Unterdrückung. Am Beispiel der damaligen portugiesischen Kolonie Angola können wir die verschiedenen Ebenen imperialistischer/kolonialistischer Unterdrückung aufzeigen:

1. die ideologisch-kulturelle Unterdrückung ist besonders deutlich anhand der katholischen Missionierung gegenüber der angolanischen Bevölkerung erkennbar. Die Auslebung ursprünglicher kultureller Bräuche wurde unter Strafe gestellt.

2. die politische Repression: Bis in die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts hatte Angola noch nicht einmal eine autonome Vertretung, und auch keine anderen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Die politischen Entscheidungen für das Land wurden direkt von den Herrschenden Portugals getroffen.

3. das portugiesische Militär war permanent in Angola stationiert. Die-

se hatten die Aufgabe insbesondere die politischen wie ökonomischen Verhältnisse für das ausländische Kapital mindestens zu sichern und Proteste sowie Streiks zu zerschlagen.

4. die ökonomische Basis: Die Arbeiterklasse Angolas wurde durch die Kolonialmacht Portugal ausgebeutet, es herrschte Arbeitszwang in europäischen Fabriken, portugiesische Kapitalisten eigneten sich die profitabelsten Bereich der Wirtschaft Angolas an. Dies war auch die „Wurzel“, der Ursprung des von der angolischen Arbeiterklasse geschaffenen Extraprofits, der zur Bestechung von Teilen der Werk-tätigen in Portugal genutzt wurde.

Notwendigkeit des antiimperialistischen Kampfes

In dem obigen Beispiel bedeutet imperialistische Unterdrückung für die angolische Arbeiterklasse, dass sie ihre Situation auf allen erdenklichen Ebenen nicht selber bestimmen kann. Aber unter „normalen“ kapitalistischen Bedingungen wäre das doch auch nicht möglich, was für einen Unterschied macht es für die Arbeiterklasse ob sie von der einen Bourgeoisie oder der anderen Bourgeoisie unterdrückt wird?

Erstens handelt es sich bei der imperialistischen Unterdrückung um eine zusätzliche, weil sich auch in den ökonomisch rückständigsten Gebieten bereits eine herrschende Klasse entwickelt hatte. Diese bleibt weiterhin bestehen. Es geht also nicht um ein „entweder dieser oder jener Unterdrücker“ sondern um ein „sowohl als auch“! Die imperialistische Unterdrückung bedeutet eine doppelte Unterdrückung für das Proletariat der Peripherie, weil die ausländische Monopolbourgeoisie eben nicht die einzige Bourgeoisie im Land ist. Diese einheimische Bourgeoisie kann in Teilen unterschiedliche strategische Interessen haben und spielt daher in der Strategie der nationalen Befreiung eine besondere Rolle (siehe nächster Abschnitt).

Ebenso versucht die zu dem Zeitpunkt dort (mit-)herrschende imperialistische Monopolbourgeoisie der ausländischen unterdrückten Arbeiterklasse immer mehr Extraprofitte abzupressen, mit der Folge, dass die Lebensbedingungen im Verhältnis zu den von ihnen hergestellten Werten sehr viel schlechter als in den Kernländern sind. Die imperialistische Bourgeoisie ist aufgrund der Kräfteverhältnisse auf politischer, militärischer, kultureller und ökonomischer Ebene nicht gezwungen z.B. Reformen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen einzugehen.

Das Interesse der Arbeiterklasse im Peripherieland, sich von dieser doppelten Unterdrückung zu befreien, ist einleuchtend: Es ist leichter gegen einen Klassenfeind zu kämpfen als gegen zwei und die Kräfteverhältnisse sind erheblich besser, wenn man „nur“ mit den „eigenen“ Kapitalisten und Repressionsorganen kämpfen muss und nicht noch zusätzlich mit einer ausländischen Armee.

Aber auch die nationale Arbeiterklasse aus den Kernländern muss gegen die Auswirkungen des Imperialismus kämpfen. Nicht nur, weil die schlechten Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in den Peripheriestaaten jedem bürgerlichen und proletarischen Moralverständnis widersprechen, sondern vor allem, weil die Auswirkungen imperialistischer Unterdrückung ihren eigenen Interessen zuwider laufen. Die durch imperialistische Unterdrückung gewonnen Extraprofitte werden von der Monopolbourgeoisie zu zwei Zwecken genutzt: Erstens zur Herausbildung einer Arbeiteraristokratie mit besseren Lebensbedingungen im eigenen Land. Die Spaltungen der Werk-tätigen sowohl auf nationaler Ebene in Arbeiteraristokratie und Arbeiterklasse, als auch global in „zivilisiert“ und „rückständig“, schwächt ihre gemeinsame Kampfkraft, stärkt also im Umkehrschluss den Kapita-

ANTIIMPERIALISMUS

lismus. Zweitens dienen die Extraprofite zur weiteren Expansion sowie höheren Konkurrenzfähigkeit im Vergleich zu anderen (ebenfalls imperialistischen) Bourgeoisien.

Darüber hinaus verschlechtern Kriege, die zum Erhalt und zur Ausweitung von Absatz- und Rohstoffmärkten notwendig sind, direkt die Lage der Werktätigen in den imperialistischen Ländern. ArbeiterInnen kämpfen bzw. sterben dabei für Kapitalinteressen und finanziert wird dieses profitorientierte Gemetzel mit dem von ihnen geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum. Das Geld, das die Bourgeoisie für Panzer, Logistik und Propaganda benötigt, wird bei Bildung, Gesundheit und Kultur für uns gestrichen.

Angola erlangte die nationale Souveränität 1975, nach etwa 14 Jahren nur teilweise erfolgreichem bewaffnetem Kampfes der Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA ~ Volksbewegung zur Befreiung Angolas) durch die antifaschistisch-antiimperialistische Nelkenrevolution in Portugal (1974), die die sofortige Entkolonialisierung beschloss. Nachdem sich die MPLA mit Hilfe der Sowjetunion und Kubas in einem Bürgerkrieg gegen einheimische Reaktionäre und neue imperialistische Unterdrückungsver-

suche durch die USA und Südafrika durchgesetzt hatte, strebte die MPLA ab 1977 einen antiimperialistischen, sozialistischen Weg an.

An diesem Beispiel sieht man, dass der antiimperialistische Kampf, sowohl in den imperialistischen Kernländern als auch in den unterdrückten Peripheriestaaten, einen gemeinsamen Gegner hat: die imperialistische Monopolbourgeoisie. Aus unseren objektiven Klasseninteressen abgeleitet und dadurch verbunden mit dem sozialistischen Ziel, ist er ein Akt des proletarischen Internationalismus, ein Schritt für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeiterklasse, ihre Interessen und damit den Sozialismus.

Die Strategie der nationalen Befreiung

Bei der Herausarbeitung einer nationalen Befreiungsstrategie ist es besonders wichtig, die spezielle historische Situation eines jeden Landes zu betrachten und unsere wissenschaftliche Methode – den dialektischen Materialismus – genau anzuwenden. Ansonsten kann man schnell in starre, schematische Herangehensweisen verfallen: Was bei dem einen Staat ein fortschrittliches Herangehen ist und zu besseren Kampfbedingungen für das Proletariat oder sogar zum



Foto: unbekannt.
Fidel Castro in Kontakt mit der MLPA,
aufgenommen in den späten 1950er.

ANTIIMPERIALISMUS

Sozialismus führt, kann sich in einer anderen Situation als vollkommen ungeeignet herausstellen.

Wie oben bereits angedeutet, hat die heimische Bourgeoisie eines unterdrückten Peripherielandes bei der Strategie der nationalen Befreiung eine besondere Bedeutung, denn ein Teil von ihr kann, abhängig von ihrer Rolle in der konkreten historischen Situation, ein temporärer Bündnispartner im antiimperialistischen Befreiungskampf sein. In Angola zum Beispiel gab es während der kolonialen Unterdrückung durch Portugal zwei Kapitale, die von der Unterdrückung profitierten: Zum Einen die portugiesische Monopolbourgeoisie, die sich unter anderem die bedeutendsten Wirtschaftszweige, den Diamantabbau und die Ölförderung, sicherte, und zum Anderen einen Teil der angolanischen Bourgeoisie bestehend aus Großgrundbesitzern, die vom Rohstoff- und Lebensmittelexport profitierten. Allgemein bezeichnet man eine heimische Bourgeoisie, die von der imperialistischen Unterdrückung profitiert und daher kein direktes Interesse an dem antiimperialistischen Befreiungskampf hat, als Kompradorenbourgeoisie.

Es gab allerdings noch einen anderen Teil der angolanischen Kapitalistenklasse: die nationale Bourgeoisie. Diese war im Besitz einiger kleinerer Diamantminen, deren Ertrag sie allerdings aufgrund der Vorherrschaft des portugiesischen Monopolkapitals nicht profitabel genug verkaufen konnten. Diese nationale Bourgeoisie hat also, objektiv betrachtet, ein ökonomisches Interesse an einem Kampf gegen den portugiesischen Imperialismus. Das heißt, theoretisch kann man sie in einen solchen Kampf zeitweilig mit einbeziehen, muss jedoch stets beachten, dass dieses kurzfristige gemeinsame Ziel auf unterschiedlichen ökonomischen Interessen basiert. Während die Arbeiterklasse für mehr nationale Selbstbestimmung, Demokratie, bessere Arbeits- und Lebens-

bedingungen kämpft, hat auch die nationale Bourgeoisie nur ihren Profit im Sinn. Ein solches Bündnis ist also immer strategisch zu betrachten und muss unter der Führung der Werktätigen eingegangen werden, damit diese nicht die Handlanger der unterdrückten Bourgeoisie werden.

Der antiimperialistische Kampf ist interessengeleitet zu führen. Das objektive Interesse der Werktätigen ist der Aufbau des Sozialismus. Daher ist es nicht zulässig, den antiimperialistischen und sozialistischen Kampf als schematische „Stufenleiter“ zu verstehen und dadurch zu trennen.

Die kubanische Revolution zeigt, dass ein zunächst vorrangig antiimperialistischer Kampf im Aufbau eines sozialistischen Staates enden kann, auch ohne eine lange Periode des souveränen, kapitalistischen Nationalstaates. Das ist sozusagen das „Maximalziel“. Dennoch ist ein interessengeleitet geführter, antiimperialistischer Kampf der Werktätigen, der nicht direkt zum Aufbau eines sozialistischen Staates führt, nicht zwecklos! Natürlich kann ein kapitalistischer Staat – auch wenn das Proletariat ausschließlich von der „eigenen“ Bourgeoisie ausgebeutet wird – niemals die volle nationale Souveränität der Arbeiterklasse herstellen, das geht nur in der Diktatur des Proletariats. Aber entscheidend für die Auswertung einer Strategie ist nicht nur das Ergebnis, sondern vielmehr auch der Weg dorthin. Welche Form von Bewusstsein haben wir im Kampf entwickelt und verbreitet? Ist es gelungen Klassenstandpunkte aufzuzeigen, Massen für ihre Interessen zu mobilisieren und zu organisieren? Sind die Kampfbedingungen jetzt besser? Das sind die entscheidenden Fragen zur Beurteilung eines antiimperialistischen Kampfes!

ARBEITSFRAGEN

Kontrollfragen:

- 1) Wie sind die unterschiedlichen Stadien des Kapitalismus aufgebaut? Wodurch zeichnen sie sich aus? Hätte sich die Gesellschaft nicht auch anders entwickeln können?
- 2) Was zeichnet einen imperialistischen Staat aus?
- 3) Die ehemaligen Kolonien wurden im 20. Jahrhundert alle unabhängig. Bedeutet das, dass der Imperialismus vorbei ist?
- 4) Was bedeutet imperialistische Unterdrückung?

Diskussionsfragen:

- 1) „Zwischenstaatliche Konflikte dürfen nicht kriegerisch ausgetragen, sondern müssen diplomatisch und auf friedlichem Wege beigelegt werden. Regierungen sollen sich für solche Lösungen einsetzen.“ Diskutiert diese Aussage vor dem Hintergrund unserer Imperialismus-Analyse.
- 2) „Wenn alle kapitalistischen Staaten und alle nationalen Bourgeoisien ein objektives Interesse an Profitmaximierung und Expansion haben und es folglich im Kapitalismus immer imperialistische Staaten geben muss, ist dann der antiimperialistische Kampf nicht ein endloser, sinnloser Verteilungskampf darum, wer den größten Marktanteil bekommt?“ Diskutiert diese Aussage!
- 3) Wie ist das Verhältnis von Arbeiterklasse und Bourgeoisie im nationalen Befreiungskampf? Kann sich eine ehemals nationale Bourgeoisie zu einer Kompradorenbourgeoisie entwickeln und umgekehrt?
- 4) Was bedeutet nationale Souveränität und wie lassen sich nationale Befreiung und Sozialismus miteinander vereinbaren?

ANTIIMPERIALISMUS

Als charakteristisches Merkmal des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus stellt Lenin fest: „Der Kapitalismus ist so weit entwickelt, dass die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor „herrscht“ und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den „Genies“ der Finanzmachenschaften zufallen. Diesen Machenschaften und Schwindeleien liegt die Vergesellschaftung der Produktion zugrunde, aber der gewaltige Fortschritt der Menschheit, die sich bis zu dieser Vergesellschaftung emporgearbeitet hat, kommt den Spekulanten zugute.“ Die Vergesellschaftung der Produktion ist also so weit vorangeschritten, dass die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse vom Privat- zum Gemeineigentum an den wichtigen Produktionsmitteln durch die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse materiell und „organisatorisch“ bereits vorbereitet ist.

Keine zwei Jahre nach dieser Analyse begann mit dem Roten Oktober in Russland die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. In den folgenden zwei Jahrzehnten entwickelte sich die Sowjetunion von einer agrarisch geprägten Gesellschaft zu einem mächtigen Industrieland und nachdem der deutsche Faschismus unter ungeheuren Verlusten besiegt worden war, hatte die Sowjetunion sich zur Weltmacht entwickelt. Das sozialistische Lager entstand. Im Osten wurde die VR China gegründet. Ein gutes Jahrzehnt später siegte vor der Haustür des mächtigsten imperialistischen Staates, den USA, in Kuba die sozialistische Revolution. Noch einmal eineinhalb Jahrzehnte später war Vietnam befreit. Dutzende Kolonialgebiete konnten das Joch der Kolonialmächte abschütteln und selbständige Staaten gründen.

Die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten, darunter auch die DDR, unterstützten die antikolonia-

len und antiimperialistischen Befreiungskämpfe diplomatisch und materiell, mit Waffen und der Ausbildung zehntausender Kader der Befreiungsbewegungen. Viele der neuen Staaten in Afrika und Asien proklamierten den „nichtkapitalistischen Weg zum Sozialismus“. Sie konnten sich dabei auf die Hilfe des sozialistischen Lagers und dessen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus verlassen.

Diese weltweiten progressiven Entwicklungen - die sozialistischen Staaten, die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Staaten und die nationalen Befreiungsbewegungen - hatten es mit einem mächtigen Feind zu tun: Der Imperialismus leistete gegen die zunehmende Einschränkung seiner Macht- und Ausbeutungssphäre erbitterten Widerstand. Es gab und gibt kein denkbares Verbrechen, das er gegen die unterdrückten Völker nicht angewendet hätte. Die notwendige Antwort auf die westliche Aufrüstung, den Kalten Krieg und die „Roll Back“-Strategie, aber auch die Unterstützung der Befreiungsbewegungen nahmen die Ressourcen der sozialistischen Staaten massiv in Anspruch.

Lenin hatte bereits darauf hingewiesen, dass der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sich im Imperialismus weiter zuspitzen muss und damit die Entwicklung neuer Produktionsmittel gehemmt wird. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Kapitalismus in diesem Stadium gar nicht zu weiterer wirtschaftlicher Entwicklung fähig ist. Tatsächlich gelang es den Monopolen und ihren Staaten durch das ganze 20. Jahrhundert hindurch, in mehreren Wellen umwälzende produktionstechnische Fortschritte, technologische Erkenntnisse der Kapitalverwertung zu unterwerfen und die Warenproduktion gewaltig zu steigern.

ANTIIMPERIALISMUS

Epochenzäsur 1989

Auch wenn man -allen Schwierigkeiten zum Trotz- eine insgesamt progressive Entwicklung in den sozialistischen Staaten feststellen konnte, gelang 1989/90 in den europäischen sozialistischen Staaten dennoch die Konterrevolution. Diese historische Niederlage hatte weitreichende Folgen. Soziale Errungenschaften wurden zerstört, die kommunistische Weltbewegung geschwächt, die nachkolonialen Staaten waren ohne den Schutz der Sowjetunion dem imperialistischen Zugriff ausgeliefert. An die Stelle von Regierungen, die einer nichtkapitalistischen Entwicklung verpflichtet waren, traten in den jungen Nationalstaaten Kompradorenregimes, die mehr oder weniger von den USA und den größeren imperialistischen Staaten Europas abhängig waren. Insbesondere in Afrika wurden Regierungen, die zuvor auf eine „nicht-kapitalistische Entwicklung“ und verhältnismäßig hohe Sozialstandards setzten nach und nach durch reaktionäre Kräfte ersetzt. Die VR China war zu diesem Zeitpunkt noch ein armes Entwicklungsland und konnte das politische Gewicht der Sowjetunion nicht ersetzen. Die bürgerlichen Ideologen träumten vom „Ende der Geschichte“. An mehreren jungen Staaten statuierte der Imperialismus ein Exempel: Er zerstörte Somalia, Afghanistan, den Irak und jüngst Libyen. - Merke: Wer sich auf irgendeine Weise unliebsam macht, wird in Gesellschaftszerfall und Barbarei gebombt. Das ist der Sinn des „weltweiten Kriegs gegen den Terror“.

Aber das ist es auch schon, was der Imperialismus diesen Nationen zu „bieten“ hat. Seit nunmehr schon 25 Jahren erweist sich das Konzept des „Nation Building“, des „Exports von Freedom & Democracy“, des Aufzwingens „neoliberaler Reformen“ als Konzept der Verarmung und Zerstörung. In den imperialistischen Staaten selbst werden die von der Blockkonfrontation erzwungenen sozialen Zugeständnisse kontinuierlich ange-

griffen und zurückgenommen. Durch die Verarmung zunehmend großer Teile der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums ist der Zukunftsoptimismus, der bis in die 1980er Jahre vorherrschte, einem Zukunftspessimismus gewichen. Die seit 2007 andauernde Wirtschaftskrise hat die Massenarbeitslosigkeit andauernd erhöht. In Staaten wie Griechenland oder Spanien liegt sie seit mehr als fünf Jahren bei über 25 %, bei jungen Arbeitskräften bei über 50 %. In den USA und der EU entvölkern sich und veröden ganze Regionen. Das Vertrauen in den bürgerlichen Staat erodiert. Dies wird durch den weiteren Abbau demokratischer Rechte, den Übergang zu staatlicher Willkür sowie innere Aufrüstung und Überwachung kompensiert.

Die staatlichen Steuerungsinstrumente sind seit der Krise von Anfang 2000 und noch mehr seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2007 zunehmend überfordert. Die Gebirge an fiktivem Kapital - papierenen Eigentumsansprüchen, denen noch kein entsprechender wirklicher Reichtum gegenübersteht - bringen das Weltfinanz- und Währungssystem an den Rand des Zusammenbruchs. Die Funktion des US-Dollar als Weltwährung gerät durch die Konkurrenz zum Euro und den Yuan sowie die zunehmende Abwicklung von Geschäften auf Nicht-Dollar-Basis ins Wanken.

Die Existenz des Sozialismus hat nach dem zweiten Weltkrieg der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten eine Verlaufsform aufgezwungen, die nicht ihrem Charakter entspricht. Nachdem der gemeinsame sozialistische Feind in Europa besiegt wurde, begannen sich die Widersprüche wieder zu verschärfen. Der Anspruch der USA, neben ihr dürfe es keine andere Macht auf Augenhöhe geben, ist ökonomisch immer weniger haltbar. Er kann mehr und mehr nur mit militärischer Übermacht aufrecht erhalten werden. Die Gewichte zwischen den imperialistischen Hauptländern verschieben sich. In

ANTIIMPERIALISMUS

dem komplizierten Geflecht von Kooperation und Konkurrenz gewinnt die Konkurrenz an Gewicht.

Deutschland hat sich nach der Anexion der DDR in Westeuropa zur dominierenden Macht aufgeschwungen, über den „Hebel“ EU macht die BRD Weltmachtsprüche geltend. Die Parole von der „gewachsenen deutschen Verantwortung in der Welt“ knüpft an die des Deutschen Reichs vor dem I. Weltkrieg an.

Die bedeutendste Verschiebung der weltweiten Machtverhältnisse liegt im Aufstieg der VR China. Die USA sind deshalb dabei, ihre militärische Hauptmacht in Asien zu konzentrieren. Gleichzeitig macht die VR China den westlichen Monopolen ihre dominierende Stellung sowohl in Afrika als auch in Lateinamerika streitig und betreibt Kapitalexpert selbst in die imperialistischen Metropolen USA und Westeuropa.

Mit den BRICS-Staaten erwächst den imperialistischen Metropolen ein neuer konkurrierender Staatenblock. Die progressiven Regierungen in Südamerika und der Karibik stellen die Dominanz der USA und den Einfluss westeuropäischer Staaten in dieser Region in Frage.

Was ist Antiimperialismus?

Vom Standpunkt der objektiven Interessen der Arbeiterklasse ausgehend, sind zunächst alle Kräfte, die gegen die imperialistischen Hauptmächte wirken, von Vorteil. Wo immer Arbeiter- und Bauernbewegungen gegen ihre einheimische Bourgeoisie und/oder die imperialistischen Monopole kämpfen, gilt ihnen unsere Solidarität. Das gilt noch viel mehr für die sozialistisch verfassten Staaten. Auch progressive Regierungen wie in Lateinamerika sind Bündnispartner im Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Soweit ist „die Sache einfach“. Aber wie ist es mit Staaten, in denen reaktionäre Regimes die Macht haben, die aber gleichzeitig dem Imperialismus ein „Dorn im Auge“ sind und von ihm bedroht werden? Mit dem Iran oder

Russland etwa? Ist hier „meines Feindes Feind mein Freund“?

Worum es hier geht, ist die Souveränität und nationale Selbstbestimmung von Staaten. Diese wird vom Imperialismus prinzipiell, ungeachtet diplomatischer Phrasen, faktisch nicht geachtet. Mit „Freiheit“ ist die Freiheit der imperialistischen Monopole auf weltweiten, nicht von nationalstaatlichen Grenzen behinderten, Zugriff auf Arbeitskraft und Ressourcen und die Freiheit des Kapitalexperts, die „Globalisierung“, die über den ganzen Globus reichenden „Wertschöpfungsketten“, gemeint. Gleichzeitig bedeutet dies die Unfreiheit der Nationen, ihre Unterwerfung unter fremde Herrschaft, die gewöhnlich von einer vom Imperialismus abhängigen Kompradorenbourgeoisie stellvertretend ausgeübt wird. Diese Kompradorenbourgeoisie gibt es in allen Staaten, die zu schwach sind, selber eine imperialistische Rolle zu spielen. Und in den meisten dieser Staaten - gerade den größeren davon - gibt es gleichzeitig eine Bourgeoisie, die insofern „national“ ist, als dass sie ihre (Haupt-)Geschäfte auf dem inländischen Markt macht. Sie ist nicht weniger ausbeuterisch als die imperialistischen Monopole. Sie mag sich auf reaktionäre Ideologien und gewalttätige Unterdrückung der Volksmassen stützen, aber es ist ihr aus eigenem Interesse an der Entwicklung des eigenen Staates, des eigenen inneren Markts gelegen. Das liegt auch im Interesse der Arbeiterklasse und der Bauern in solchen Staaten. Und es liegt im Interesse aller progressiven Kräfte weltweit, weil das den Aktionskreis des Imperialismus einschränkt. Ein historisches Beispiel ist die Bündnispolitik der KP Chinas gegenüber der Kuomintang. In der Kuomintang gab es sowohl Kompradoren als auch nationale Bourgeois. Letztere teilten mit der Arbeiter- und Bauernbewegung das Interesse, die Aufteilung Chinas in imperialistische Einflussgebiete und die Besetzung durch die japanischen Faschisten zu überwin-

den. Gleichzeitig waren sie natürlich von den westlichen Medien - die Todfeinde der Arbeiter- und Bauernbewegung. Die KPCh berücksichtigte beide Umstände: Sie kämpfte gegen die Kuomintang als die Herrschaft der Bourgeoisie, aber gleichzeitig suchte sie beharrlich das Bündnis mit ihr im Kampf gegen die Besatzer, selbst unter großen Opfern, als beispielsweise Tschiang Kai Shek in Shanghai 6000 der besten Arbeiterkader abschlachtete.

Das Beispiel Ukraine

Wir stehen in Deutschland einem mächtigen Feind gegenüber, der sich gerade anschickt, in den nächsten Nationalstaat in Osteuropa zu expandieren – auf Kosten der ukrainischen Arbeiterklasse. Es war vornehmlich die deutsche Regierung, die mit dem Versuch, die Ukraine an die EU zu binden - d.h. deutschem Diktat zu unterstellen - mittelbar den Bürgerkrieg herbeigeführt hat. Ein solcher „Anschluss“ der Ukraine bedeutet, die EU - und in der Folge die NATO - unmittelbar an die russische Grenze zu bringen. Damit wäre der „Drang nach Osten“ von der Ostsee bis ans Schwarze Meer zunächst vollendet. Zweifellos wäre das imperialistische Deutschland damit nicht (langfristig) zufriedengestellt. Der (verhinderte) Imperialismus der russischen Bourgeoisie müsste in der Folge um noch mehr seiner eigenen Einflussphären oder gar seinen territorialen Bestand fürchten.

In dieser Auseinandersetzung tritt aber auch - sorgsam verschwiegen

von den westlichen Medien - die Konkurrenz zwischen den USA und Deutschland zutage: Janukowitsch, der im letzten Moment die Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen verweigert hatte, wurde weggeputscht. Aber es war nicht die Merkel-Regierung, die die Nachfolge nach eigenem Gutdünken arrangieren konnte. Klitschko, Merkels Mann in Kiew, eine politisch von der Konrad-Adenauer-Stiftung aufgebaute Person, konnte nur als Bürgermeister von Kiew in Stellung gebracht werden. Die in den Medien erstaunlich schnell wiederhergestellte Timoschenko war nach den Wahlen nicht mehr haltbar. Die Spitzenämter besetzten die USA mit ihren alten Vertrauten Poroschenko und Jazenjuk. Der imperialistisch motivierte Putsch verlief sowohl gegen Kompromisse mit den Aufständischen im Osten als auch gegen eine EU-assoziierte Ukraine, deren Industrie abgewickelt und in eine verlängerte Werkbank verwandelt werden sollte. Das Ergebnis des Projekt „Regime Change“ war die Bürgerkriegs-Ukraine der USA, die mit ihren „Experten“ den ukrainischen Staatsapparat durchsetzten: In Kriegsgeschäften kann das eng verfreundete Deutschland noch nicht auf Augenhöhe mithalten, Krieg verbürgt US-Einmischung, Krieg an der russischen Grenze heißt eine Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen. Die neuerliche deutsche Bereitschaft zu einer abenteuerlichen Expansionspolitik hat weder die russischen noch die US-amerikanischen Interessen gebührend einkalkuliert. Die USA konnten sich die Gelegenheit, einem neuerlichen deutschen Machtzuwachs in die Parade zu fahren, die osteuropäischen NATO-/EU-Staaten mit der Beschwörung der „russischen Gefahr“ enger an sich zu binden und vermittels des Verlusts der Militärstützpunkte auf der Krim die Dominanz



Foto/Quelle: ukraineform.ua
links, Jazenjuk, Arsenij: seit Februar 2014
Ministerpräsident der Ukraine.
rechts, Poroschenko, Petro: seit dem 7.
Juni 2014 demokratisch gewählter
Staatspräsident der Ukraine

ANTIIMPERIALISMUS

der russischen Flotte im Schwarzen Meer zu beenden und die eigene dort zu etablieren, kaum entgehen lassen. Und Russland konnte sich diesen massiven Eingriff in „seine“ Einflussgebiete nicht gefallen lassen, ohne zu riskieren, dass in einem nächsten Schritt der eigene Markt oder sogar das eigene Territorium Gegenstand der Begehrlichkeiten werden würde.

Die Arbeiterklasse in Deutschland kann keinerlei Interesse an der Expansion des Kapitals haben. Sie würde auch diese bezahlen, wie sie die

Herstellung der deutschen Dominanz in der EU und die Weltmachtsambitionen im Allgemeinen bezahlt. Der Bürgerkrieg in der Ukraine hat Krieg in Europa wieder „denkbar“ gemacht. Das ist nach dem Auseinanderreißen Jugoslawiens, bei dem Deutschland ebenfalls eine treibende Rolle spielte, das nächste Kapitel der „Gewöhnung an den Krieg“. Im Interesse der Arbeiterklasse liegt die Eindämmung des deutschen Expansionsdrangs und damit die Verhinderung imperialistischer Kriege.

ARBEITSFRAGEN

Kontrollfragen:

- 1) Inwiefern hat die Entstehung eines sozialistischen Lagers im antiimperialistischen Kampf geholfen?
- 2) Welche Folgen hatte der Wegfall des europäischen Sozialismus für antiimperialistische Bewegungen und deren Kampfergebnisse weltweit?
- 3) Welche zwischenimperialistischen Konflikte zeigten sich am Beispiel der Ukraine? Arbeitet an dieser Stelle auch mit anderen aktuellen politischen Konflikten!

Diskussionsfragen:

- 1) Was ist das Verhältnis von „antiimperialistischer Solidarität“ und „proletarischem Internationalismus“?
- 2) Wie würde man sich gegenüber einem reaktionären Staat oder einer reaktionären Bewegung positionieren, wenn er/sie den Interessen des deutschen Kapitals entgegen steht? Gibt es eine „Solidarisierungsgrenze“ und wenn ja, wo ist sie?
- 3) „Obwohl sie eine rückschrittliche, fundamentalistisch-religiöse Ideologie vertritt, genießt die Hamas bei vielen PalästinenserInnen hohes Ansehen“, schätzen wir im Bildungsmaterial der Antimil-AG zum jüngsten Gaza-Krieg ein. Wie stehen wir also zur Hamas?

Text 3: Der Hauptfeind im eigenen Land

SDAJ-Bildungszeitung 02/2014

ANTIIMPERIALISMUS

„Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land! Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.“ Diese Sätze aus einem von Karl Liebknecht geschriebenen Flugblatt aus dem Mai 1915 bestimmen die grundlegende Strategie der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Parteien in den imperialistischen Zentren. Liebknecht schrieb sie vor dem Hintergrund der Kriegsbeteiligung der Mehrheit der Sozialdemokratischen Parteien Europas, ihrer Politik des Burgfriedens, der Zusammenarbeit mit den herrschenden Klassen ihrer eigenen Länder. Dabei verzichteten diese Sozialchauvinisten, wie Lenin die sozialdemokratischen Kriegsbeifürworter nannte, aber nicht auf eine „sozialistische“ Begründung ihres Kriegskurses. Die deutsche SPD z.B. rief ihre Anhänger zur Verteidigung des Vaterlandes gegen den „blutrünstigen russischen Despotismus“ auf, der russische Zarismus war dieser Behauptung nach also der Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse. Dieser Behauptung stellte Liebknecht den „Hauptfeind aus dem eigenen Land“ entgegen. Auch Lenin war dieser Meinung und propagierte die Arbeit der Revolutionäre aller am Krieg beteiligten imperialistischen Länder für die Niederlage der eigenen herrschenden Klasse, die Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg: „In keinem Lande darf der Kampf gegen die eigene, am imperialistischen Krieg beteiligte Regierung vor der Möglichkeit haltmachen, dass dieses Land infolge der revolutionären Agitation eine Niederlage erleidet. Eine Niederlage

der Regierungsarmee schwächt die betreffende Regierung, fördert die Befreiung der von ihr geknechteten Völkerschaften und erleichtert den Bürgerkrieg gegen die herrschende Klasse.“

Feindbestimmung im Ersten Weltkrieg

Die Bestimmung des deutschen Imperialismus als Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse erscheint uns als jungen Sozialisten in der Rückschau auf den Ersten Weltkrieg (und mit dem Wissen um das, was noch folgen sollte) als selbstverständlich. War es doch das bei der Aufteilung der Welt „zu spät gekommene“ deutsche Kaiserreich, das diesen Krieg zur Neuaufteilung der Welt in besonderem Maße herbeisehnte und auf seinen Ausbruch hinsteuerte. Aber betrachten wir die Sache einmal so: die imperialistische Hauptmacht der damaligen Zeit war Deutschland nicht. Das britische Empire war es, das sich in sämtlichen Teilen der Welt die kolonialen Einflussphären mit den französischen Imperialisten aufgeteilt hatte und unangefochten die Weltmeere beherrschte. Und auch die innenpolitisch am reaktionärsten verfasste Macht war wohl eher, wie es die Sozialdemokratie dann für ihre Kriegspropaganda ausnutzte, nicht das Kaiserreich (auch wenn es weit entfernt war von demokratischen oder gar fortschrittlichen Zuständen), sondern der russische Zarismus. Wäre es also für die fortschrittlichen Kräfte Deutschlands nicht logisch gewesen, ihre Kraftanstrengungen gegen diese Feinde zu richten? Die Ablehnung des Zarismus war in der deutschen Linken damals Allgemeingut, 1914 wurde sie jetzt staatsoffiziell zum deutschen Kriegsziel erklärt. Die Gegnerschaft gegen das britische und französische Kolonialsystem und besonders die unter ihm blühende Sklaverei bewegte durchaus große Teile des deutschen

ANTIIMPERIALISMUS

(¹) Wie immer gilt aber natürlich auch für diese Losung das Wort Lenins: „Die Wahrheit ist immer konkret“. Im Zweiten Weltkrieg wäre es fatal gewesen, hätten die Kommunisten Englands, Frankreichs und der USA auf die Niederlage der eigenen Regierungen hingearbeitet, statt sich voll und ganz für den Sieg der Anti-Hitler-Koalition einzusetzen. Dass es sich dabei aber um eine historische Ausnahmesituation handelte und von einer Interessenidentität der Arbeiterklasse dieser Länder mit den Herrschenden keine Rede sein konnte, wurde nach 1945 sehr schnell wieder deutlich. Der Sieg über das faschistische Deutschland war allerdings für einen Moment der Okkupation (im Falle Frankreichs) oder der drohenden Invasion (im Falle Englands) die Voraussetzung für den weiteren Kampf um die Revolution im eigenen Land, ganz abgesehen davon, dass ein Sieg über den Faschismus auch die Rettung der Sowjetunion bedeutete, was für jede fortschrittliche Bewegung weltweit von enormer Bedeutung war.

Kleinbürgertums, jetzt wurde ihre Bekämpfung angeblich Zweck des deutschen Krieges. Sollten Linke da wirklich auf die Niederlage der eigenen Regierung, die doch anscheinend die gleichen Ziele umsetzen wollte, hinwirken? Karl Liebknecht und mit ihm die verbliebenen konsequenten deutschen Revolutionäre meinten: ja! Eine Interessengemeinschaft der deutschen Arbeiterklasse mit dem deutschen Imperialismus kann es nicht geben, auch nicht, wenn er sich mit vermeintlich fortschrittlichen Parolen schmückt.

Feindbestimmung heute

Warum dieser lange Ausflug in die Vergangenheit? Weil durchaus Parallelen zu aktuellen Debatten zu finden sind. Auch heute mühen sich verschiedene Kräfte, die sich selbst irgendwie links verorten, mit einer Bestimmung des Hauptfeindes ab, bzw. nehmen diese recht eindeutig vor, allerdings nicht mit dem Ergebnis des Hauptfeindes im eigenen Land. Die einen sehen, dass nach wie vor der US-Imperialismus die imperialistische Hauptmacht der Welt ist und ziehen daraus den Schluss, Hauptaufgabe antiimperialistischer Kräfte in Deutschland sei immer zuallererst die Bekämpfung der USA. Eine solche Position geht oft mit einem Kleinreden oder der Verleugnung der Existenz des eigenständigen deutschen Imperialismus einher. So schreibt die „Neue Rheinische Zeitung“ in einem Bericht über eine Demonstration gegen den SPIEGEL: „In der deutschen Linken wird dagegen immer wieder die Rolle des deutschen Kapitals und des deutschen Imperialismus hervorgehoben. Diejenigen, die den US-Imperialismus als die dominante, größere Gefahr sehen, werden schnell in die rechte Ecke verbannt. Dabei reicht es fast aus, eine einzige Frage zu stellen: Wie viele Militärbasen hat die BRD in den USA und wie viele haben die USA in der BRD? Denn das ist keine Frage!“ Hier wird ziemlich deutlich eine fehlende nationale Souveränität Deutschlands

behauptet. Eine solche Einschätzung muss nicht zwangsläufig, kann aber durchaus zu einer Politik führen, die objektiv im Interesse des Teils der deutschen Bourgeoisie ist, der für eine stärkere Frontstellung gegen den Konkurrenten USA plädiert. Auf dieser argumentativen Linie entfalten auch die Faschisten ihre Friedensdemagogie, wenn sie sich gegen eine angebliche Versklavung Deutschlands durch den US-Imperialismus wenden und skandieren: „Kein deutsches Blut für fremde Interessen“.

Aber auch die andere Seite der Feindbestimmung gibt es noch, nämlich die, nach der der Hauptfeind der fortschrittlichen Kräfte das rückschrittlichste Regime sei. Von menschenrechtsbewegten Grünalternativen bis zu Abendland-verteidigenden Antideutschen kommen sie dann auf Länder wie Iran, Russland oder China. Nicht zufällig gerade jene Länder, bei denen die westlich-imperialistischen Zentren derzeit bei ihren Expansionsbestrebungen auf Widerstand stoßen. Und wie im Ersten Weltkrieg stellen sich diese „Linken“ die Frage: „Wenn die NATO mit ihren Kriegen (als Hauptziel oder auch als „Kollateralnutzen“ – wobei tatsächlich weder das eine noch das andere der Fall ist) auch die westlichen Standards der Menschen- und Bürgerrechte exportiert – warum sollten wir dann gegen diese Kriege, gegen die NATO oder gegen unsere eigene Regierung sein?“ Wie auch im ersten beschriebenen Fall landen diese Kräfte aufgrund ihrer falschen Bestimmung des Hauptfeindes auf einer Linie mit dem deutschen Kapital (bzw. Teilen davon) und seinen Expansionszielen. Wir dagegen bleiben besonders heute bei der Losung Liebknechts: Der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt deutscher Imperialismus!(¹) Es gibt heute, wie 1914, keinerlei Gründe, Bündnisse mit der deutschen Bourgeoisie oder Teilen von ihr einzugehen, einen Burgfrieden zu schließen zur Bekämpfung eines äußeren Gegners. Im Gegenteil: Unser bester

Beitrag zum weltweiten antiimperialistischen Kampf ist der Kampf für unsere Interessen und gegen „unseren“ Imperialismus, seine weitestgehende Schwächung und letztlich seine revolutionäre Überwindung.

Der gegenwärtige deutsche Imperialismus

In einem auf einer Bundesvorstandssitzung gehaltenen Referat der Antimilitarismus AG schätzen wir ein: „Der deutsche Imperialismus verfügt heute über seine eigene Einflussosphäre und ist weiter auf dem Vormarsch. Kern und Basis seiner Machtsphäre ist dabei die Dominanz in EU-Europa. Die hauptsächliche Expansionsrichtung geht nach Osten, in Richtung Asien. Das soll freilich nicht heißen, dass sich der deutsche Imperialismus nicht auch im Übrigen an der Neuaufteilung der Welt beteiligen würde. Gegenüber der imperialistischen Konkurrenz kann er sich dabei auf seine ökonomische Stärke stützen. Aber auch die militärische Stärke bleibt im Wesentlichen nicht mehr hinter der ökonomischen Kraft zurück. Nachdem der deutsche Imperialismus nach 1945 historisch erneut zu spät gekommen ist, nutzt er die mit der Konterrevolution in Europa eingeläutete neue Runde der Neuaufteilung der Welt erfolgreich, um in großen Schritten aufzuholen.“ Um in diese Position zu kommen, hat der deutsche Imperialismus seit der Einverleibung der ehemaligen DDR ökonomisch wie militärisch viele Schritte unternommen. Dabei ist es wichtig festzuhalten, dass es natürlich nicht erst seit 1990 wieder einen deutschen Imperialismus gibt. Seine Kontinuität ist ungebrochen, wurde in Westdeutschland auch durch die militärische Niederlage 1945 nicht in Frage gestellt. Und auch zu Zeiten der Blockkonfrontation war der deutsche Imperialismus keineswegs nur der willenslose Erfüllungsgehilfe des US-Kapitals, sondern aus eigenem Interesse bestrebt, ein enges Bündnis mit Washington aufrechtzuerhalten. Zum einen natürlich

aus militärischem Kalkül, aber auch, um mit Hilfe der Kooperation mit amerikanischem Kapital die eigene technologische Grundlage zu verbessern und damit die eigene Stellung in Europa und der Welt auszubauen. In dem Buch „Der Imperialismus der BRD“ von 1971 heißt es dazu: „Der Imperialismus versucht, mit Hilfe der Diskussion über die ‚technologische Lücke‘ und die ‚amerikanische Herausforderung‘ seine eigenen Pläne der wirtschaftlichen und militärischen Vereinigung Westeuropas voranzutreiben. In diesem Zusammenhang ist auch die forcierte Kapitalexportoffensive der BRD in den letzten zwei bis drei Jahren zu sehen. Sie zielt darauf ab, durch die Entwicklung zu Konzernen mit internationaler Struktur eine Neuaufteilung der Märkte und Kapitalanlagesphären herbeizuführen, um die Hegemonieansprüche des Finanzkapitals der BRD in Westeuropa und seine aggressiven Ansprüche in der ganzen Welt durchzusetzen.“

Europastrategien des deutschen Kapitals

In der als „Septemberprogramm“ bekannt gewordenen Denkschrift des Reichskanzlers Bethmann Hollweg vom September 1914 heißt es: „Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.“ Keine hundert Jahre und zwei kriegerische Versuche später hat das deutsche Kapital dieses Ziel in ganz EU-Europa erreicht. Wie die Bundesrepublik in der zwischenstaatlichen Konkurrenz zunächst innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemein-

ANTIIMPERIALISMUS

schaft (EWG), dann in der Europäischen Union (EU) dieses Ziel nach 1945 verfolgte, beschreibt auch das Buch „Die Europäische Union“ von Andreas Wehr. 1993 sagte der damalige Innenminister Klaus Kinkel: „Zwei Aufgaben gilt es parallel zu meistern: Im Innern müssen wir wieder zu einem Volk werden, nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal gescheitert sind.“ Das um das Territorium der DDR vergrößerte Deutschland machte sich daran, diese Aufgabe in einem dritten Anlauf endlich erfolgreich zu lösen, diesmal allerdings nicht mit militärischen, sondern ökonomischen Mitteln.

Eine besondere Rolle spielten dabei die Agenda-Reformen von 2003, die zusammen mit weiteren Maßnahmen zu Lohn- und Sozialabbau, sowie der Ausweitung des Niedriglohnsektors, zur Zunahme von Leiharbeit und der hohen Produktivität führten, sodass die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik vergleichsweise niedrig sind und damit der deutschen Exportwirtschaft einen wesentlichen Konkurrenzvorteil verschafften. In der Finanzkrise konnte die BRD diesen Vorteil dann ausnutzen und sich auch politisch zum Hegemon der EU aufschwingen, indem ein Schuldenregime nach deutschen Vorgaben etabliert wurde, das tief in die Souveränität der Schuldenstaaten eingreift und ihnen (allerdings auch zum Nutzen und durchaus auch mit Unterstützung der Monopolbourgeoisie dieser Staaten) drastische Sparmaßnahmen aufzwingt. Aber nicht nur gegenüber den Staaten der EU-Peripherie konnte Deutschland sich durchsetzen, auch gegen die Konkurrenten England und Frankreich. Bei den Verhandlungen über die europäische Bankenaufsicht z.B. setzte die Bundesregierung durch, dass ein großer Teil der deutschen Banken von der EU-Kontrolle ausgenommen bleibt, aber praktisch alle französischen Banken der Aufsicht unterliegen. Als bei der „Rettung“ Zyperns ebenfalls auf deutschen Druck beschlossen wurde, Geldeinlagen

über 100.000€ mit bis zu 50% zur „Rettung“ heranzuziehen, musste vor allem das britische (und auch das russische) Kapital Verluste hinnehmen.

„Weltweite Verantwortung“

Schon 1914 aber war ein deutsch dominiertes Europa lediglich als Ausgangsbasis gedacht, von der aus die Konkurrenz mit den großen Weltmächten aufgenommen werden sollte. Das gilt heute genauso: Auf dem Weltmarkt will sich der deutsche Imperialismus gegen die großen Konkurrenten aus den USA, Japan oder China durchsetzen – mit der Wirtschaftskraft eines abhängigen Europa im Rücken. Allerdings ist es momentan gerade die mangelnde Wirtschafts-, bzw. Kaufkraft des übrigen Europas, die in der Krise stark gelitten hat, die die deutschen Konzerne, die enorm abhängig vom Warenexport sind, immer stärker in den Kampf um außer-europäische Absatzmärkte treibt. Die Fähigkeit, solche Märkte dann auch zu halten und zu sichern, ist im Imperialismus nicht zuletzt auch eine militärische Aufgabe. Kein Wunder also, dass Bundespräsident Gauck meint, dass die Bundesrepublik weltweit mehr „Verantwortung übernehmen“ und dabei „notfalls auch zu den Waffen greifen“ müsse. Den Weg zur Übernahme dieser Art von Verantwortung hat der deutsche Imperialismus gleich nach der Einverleibung der DDR beschritten. Was mit Unterstützungsmissionen im zweiten Golfkrieg begann, hat sich über den Kriegseinsatz zur Zerschlagung Jugoslawiens 1999 zu aktuell 15 Auslandseinsätzen der Bundeswehr ausgewachsen, von der Westsahara über das Horn von Afrika, die türkisch-syrische Grenzregion bis nach Afghanistan. Aber nicht in jedem Fall schickt die BRD zur Wahrung ihrer Interessen die Bundeswehr. Der Imperialismus bedient sich stets aller Instrumente zur Durchsetzung seiner Ansprüche. Die Bundesrepublik nutzt beispielsweise auch die direkte sowie indirekte Unterstützung von Oppositionsbewegungen in misslie-

ANTIIMPERIALISMUS

bigen Staaten bis hin zur Ausrüstung und Unterstützung von Islamisten in Syrien und Faschisten in der Ukraine. Auch „diplomatische Lösungen“, wie sie die Friedensbewegung oft fordert, bleiben Formen imperialistischer Außenpolitik und haben nichts mit einem friedlichen und gleichberechtigten Zusammenleben der Völker zu tun. Und selbst die Ablehnung einer Kriegsbeteiligung ist unter imperialistischen Bedingungen keine Friedenspolitik: Die Weigerung Deutschlands, sich 2003 aktiv am Krieg gegen den Irak zu beteiligen, verweist statt auf den Friedenswillen Kanzler Schröders vielmehr auf die Widersprüche zwischen deutschem und US-Imperialismus.

Antiiperialismus in Deutschland

Was also tun gegen den Imperialismus? Natürlich muss es unser grundsätzliches Ziel sein, sämtliche imperialistischen Kriege zu verhindern, egal von welcher imperialistischen Macht sie ausgehen. Daher ist es unsere Aufgabe, gegen jeden solchen Krieg auch hierzulande Aktionen möglichst aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte zu organisieren. Insbesondere müssen wir dabei versuchen, die arbeitende und lernende Jugend gegen den Krieg zu mobilisieren, indem wir etwa auf die Beteiligung von Schülervertretungsstrukturen oder Jugend- und Auszubildendenvertretungen und Gewerkschaftsjugenden an Friedensdemos hinarbeiten. Unsere besondere Aufgabe als deutsche AntiiperialistInnen ist es, dabei immer auf die Rolle des deutschen Imperialismus im jeweiligen Krieg einzugehen. Denn einen direkten Druck können wir nur auf die deutsche Regierung ausüben, unsere Antikriegspropaganda kann direkt nur deutsche Jugendliche davon abhalten, zur Bundeswehr zu gehen und schließlich sind es die deutschen Banken und Konzerne, die uns hier ausbeuten und in ihrem Streben nach immer mehr Profit die wirtschaftliche Ausplünderung anderer Länder orga-

nisieren, die auch zu unseren Lasten geht. Die momentane wirtschaftliche Stärke des deutschen Imperialismus beruht ganz wesentlich auf der verschärften Ausbeutung der deutschen Lohnabhängigen. Sie geht einher mit einer Verschärfung der Repression gegen fortschrittliche Kräfte, des Ausbaus des Überwachungsapparates und der weiteren Militarisierung im Inneren – denn für seine Expansion nach Außen braucht der Imperialismus im Inneren ein ruhiges Hinterland und eine Arbeiterklasse, die möglichst widerstandslos immer wieder bereit ist, für den Erfolg deutscher Monopole „den Gürtel enger zu schnallen“. Der deutsche Imperialismus ist also im wahrsten Sinne des Wortes auch „unser Problem“ – nicht zuletzt sind es schließlich auch wir, die im Ernstfall für ihn in den Krieg ziehen sollen. Wir müssen in der Arbeiterklasse vermitteln, dass es keine Interessengemeinschaft mit den Monopolen gibt. Der Erfolg deutscher Banken und Konzerne ist nicht der Erfolg der deutschen Lohnabhängigen, sondern wird vielmehr mit ihrer Ausbeutung erpresst. Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus, gegen seine wirtschaftliche und militärische Expansion ist also in ihrem unmittelbaren Interesse. Der Kampf gegen ihn wäre zugleich die wirksamste Waffe zu seiner Schwächung und im objektiven Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Ein konsequenter Kampf gegen prekäre Beschäftigung und den Niedriglohnssektor, der Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen, der Kampf um ausreichend Ausbildungsplätze und für ein Ausbildungsgesetz, all das schlägt dem deutschen Imperialismus auf den Profit und erschüttert seine starke Stellung auf den Weltmärkten. Ein solcher Kampf ist gleichzeitig auch der beste internationalistische Beitrag zum weltweiten antiiperialistischen Kampf.

ARBEITSFRAGEN

Werkzeugkontrollfragen:

- 1) Welche Formen der „Hauptfeindbestimmung“ gibt es heute?
In wessen Interessen liegen sie?
- 2) Wo können wir Parallelen zur Situation 1914 ziehen?
- 3) Welche Formen der imperialistischen Interessensdurchsetzung gibt es?

Diskussionsfragen:

- 1) „Die Arbeiterklasse in den Metropolen verrät die internationale Solidarität, wenn sie sich nur egoistisch für die Verbesserung ihrer eigenen sozialen Lage einsetzt, statt sich aktiv für die antiimperialistischen Kämpfe der Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker einzusetzen.“ Diskutiert diese Aussage.
- 2) Wie sollte wir mit den anderen „Hauptfeindeinschätzungen“ und deren Vertretern umgehen? Vollkommene Ablehnung oder sollte man och mit ihnen diskutieren?

DER ISRAEL-PALÄSTINA-KONFLIKT

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs und damit der Aufdeckung der faschistischen Massenmorde an europäischen Jüdinnen und Juden kam es zu einer verstärkten Einwanderung von Jüdinnen und Juden nach Palästina, das als Mandatsgebiet von Großbritannien verwaltet und beherrscht wurde. Zur Errichtung dieses Mandatsgebiets sicherte Großbritannien sich die arabische und jüdische Zustimmung durch zwei Versprechen: Eins an die arabische Bevölkerung, dass sie - im Gegenzug für die Initiation antiosmanischer Aufstände - einen Großteil des Gebiets des ‚Nahen Ostens‘ bekommen soll und das zweite an die zionistische Nationalbewegung, dass in diesem ‚Nahen Osten‘ eine Heimstätte für die jüdische Bevölkerung errichtet werden soll. So griffen schon vor knapp 100 Jahren imperialistische Staaten nach ihrer Vorherrschaft im Nahen Osten – ohne jemals loszulassen.

Durch den verstärkten Zuzug von Juden kam es zu ersten Konflikten um Landbesitz (arabische Großgrundbesitzer z.B. verkauften Ländereien an Juden, die die dort ansässige Bevölkerung dann – mit dem Wissen der alten Elite – vertrieben). Jüdische Unternehmen stellten nur jüdische Menschen ein und/oder verwehrten Arabern den Landkauf etc. Auf beiden Seiten führten diese sozialen Spannungen bereits vor dem Zweiten Weltkrieg bzw. dem Holocaust zu ersten Pogromen und Ausschreitungen. So wurde der Konflikt schnell rassistisch bzw. antisemitisch aufgeladen. Infolgedessen verbündete sich der Anführer der arabischen Bevölkerung, der Großmufti von Jerusalem al-Husseini, mit den deutschen Faschisten und schürte damit die antisemitisch begründete Feindschaft gegenüber der jüdischen Bevölkerung – während zeitgleich immer mehr Jüdinnen und Juden vor der Vernichtung nach Palästina flohen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab die weltweite Aufdeckung des Holocausts der zionistischen Bewegung massiven Auftrieb: Die Tatsache des millionenfachen Mordes konnte leicht Glauben machen, die jüdische Bevölkerung erhalte hier einen ‚Schutzraum‘, der eine Wiederholung der faschistischen Gräueltaten unmöglich machen sollte. Dies ist jedoch eine Illusion. Es geht und ging es in diesem Konflikt nie um „die Sicherheit der Jüdinnen und Juden“, das einzige, was für das Kapital in jedem bürgerlichen Staat zählt, sind ihre Profite. Der von der UN-Generalversammlung 1947 beschlossene Teilungsplan, der für die ca. 1/3 jüdische Bevölkerung knapp 50% Palästinas vorsah, wurde von der arabischen Führung radikal abgelehnt. Im Zuge weiterer Ausschreitungen gründete sich im Mai 1948 quasi über Nacht der Staat Israel, was von den umliegenden arabischen Staaten mit Krieg beantwortet wurde. Diesen gewann Israel und nutzte die Gunst der Stunde, um entgegen dem UN-Teilungsplan weitere Gebiete zu besetzen. Infolgedessen wurde die arabische Bevölkerung nach und nach aus den besetzten Gebieten vertrieben, während andererseits Juden in den arabischen Ländern ebenfalls zur Flucht gezwungen wurden. Deshalb lebt bis heute ein Großteil der Nachfahren der vertriebenen Palästinenser in jordanischen oder libanesischen Flüchtlingsla-

ANTIIMPERIALISMUS

gern. Die anderen arabischen Staaten nutzen den Nahostkonflikt allerdings gern zur Herrschaftssicherung, ohne sich freilich groß um die Palästinenser zu scheren.

Seitdem sich Israel im Zuge der militärischen Auseinandersetzungen zur dominanten (Militär-)Macht im Nahen Osten aufschwingen konnte, griff es immer wieder arabische Nachbarn an und hält v.a. im Gaza-Streifen eine Art modernes Kolonialsystem aufrecht: Die Menschen dort sind wirtschaftlich völlig vom Gutdünken der israelischen Regierung abhängig und unterliegen einer allumfassenden Diskriminierung (ebenso wie Araberinnen und Araber in Israel). Während des Ost-West-Konflikts nutzten die USA (als Verbündete Israels) und die UdSSR (als loser Verbündeter der arabischen Nationalbewegungen) ihre jeweiligen Partner vor Ort zur Sicherung ihrer Einflussphäre: So stützte die Sowjetunion u.a. diejenigen Befreiungsbewegungen, die im Vergleich zu islamistischen und antisemitischen Kräften progressive Züge aufwiesen, während die USA Israel als Brückenkopf im Nahen und Mittleren Osten nutzte. Mit der Auflösung der UdSSR verloren die progressiven Kräfte (nicht nur in Nahost sondern überall in der sog. ‚3. Welt‘) massiv an Rückhalt, während eben jene islamistischen und reaktionären Kräfte an Einfluss gewannen, die auch heute noch die Vormacht in allerlei nah- und mittelöstlichen Oppositionsbewegungen innehaben: Hamas, Hisbollah, Al-Quaida, Al-Nusra, IS. Die Schwäche der israelischen und palästinensischen Linken ist dabei Ursache und Folge der Hegemonie der rechten ‚Falken‘ in Israel sowie Hamas und Al-Aqsa in Gaza: Diese nutzen den Konflikt, in dem Israel ganz klar die Rolle des Aggressors zukommt, um sich der jeweiligen Bevölkerung als einzig durchsetzungsfähige nationale Macht anzudienen, ohne die es wahlweise zu einer völligen Besetzung Gazas bzw. einer Auslöschung Israels kommen würde. Die USA behalten bis heute ihren Einfluss auf Israel und verstehen sich nach wie vor als dessen ‚Schutzmacht‘. Wer jedoch behauptet dieses Verhältnis sei andersherum, nämlich dass Israel bzw. eine israelische Lobby den USA ihre Politik diktiert, fällt antisemitischen Stereotypen anheim: Die USA sind sowohl ökonomisch als auch militärisch von beiden die weltweit dominierende Macht.

Diskussionsfrage

- 1) „Kapitalistisch oder nicht – der jüdische Staat Israel ist ein Schutzraum für Jüdinnen und Juden vor antisemitischer Verfolgung!“
– Diskutiert diese Aussage

GLOSSAR „ANTIIMPERIALISMUS“

Al-Aqsa: die Al-Aqsa-Märtyrerbrigaden sind eine palästinensische Untergrundorganisation, die als bewaffneter Arm der Fatah dienen. Sie führten v.a. Selbstmordanschläge aus. Die Fatah ist neben der Hamas die größte palästinensische Partei, die mit ihr rivalisiert, zugleich jedoch auch zusammenarbeitet.

Al-Nusra: ist eine dschihadistisch-salafistische Organisation in Syrien. Sie ist eine der Al-Qaida zugehörige Gruppe, die im syrischen Bürgerkrieg gegen die Regierung Baschar al-Assads, aber auch Teile der Freien Syrischen Armee (FSA) und kurdische Volksverteidigungseinheiten kämpft.

Al-Qaida: ist ein loses, weltweit operierendes Terrornetzwerk meist sunnitischer islamistischer Organisationen, das seit 1993, meist in Verbindung mit Bekennerstreifen, zahlreiche Terroranschläge in mehreren Staaten verübt hat, und mit zahlreichen weltpolitischen Ereignissen im Zusammenhang steht. Seit dem Bürgerkrieg scheint Al-Qaida die Führungsrolle innerhalb des islamistischen Terrorismus an den Islamischen Staat verloren zu haben.

Antideutsche: Politische Strömung, entstanden innerhalb der Linken (bezeichnet(e) sich gern auch selbst als „Abrissunternehmen an der deutschen Linken“), die sich nach der „Wiedervereinigung“ 89/90 formierte und den (Wieder-)aufstieg des deutschen Nationalismus kritisierte. Im Zuge der Kriege zwischen westlichen Staaten und dem Irak schwenkten große Teile der Antideutschen auf eine kriegsbefürwortende Position um und kritisierten „die Antiiperialisten“ für ihren angeblichen (strukturellen) Antisemitismus und Nationalismus. Innerhalb des antideutschen Lagers existieren mehrere Strömungen, allen gemein ist dabei eine prinzipielle Solidarität mit dem Staat Israel, der ihrer Meinung nach einen Schutzraum für Jüdinnen und Juden vor (einem weltweit wieder anwachsenden) Antisemitismus darstellt und dessen militärische „Verteidigung“ daher gerechtfertigt sei.

Arbeiteraristokratie: Durch „spezifische ökonomische, soziale und politische Kriterien bestimmte Schicht der Arbeiterklasse im Kapitalismus; begann sich im vormonopolistischen Stadium des Kapitalismus (Mitte des 19. Jh.) [...] herauszubilden. [...] Ihre bessere Bezahlung aus einem geringen Teil der Monopolprofite nutzte die Bourgeoisie bewußt, um die A. politisch zu korrumpieren und auf diese Weise ihren Einfluß in der Arbeiterklasse zu verbreiten und sie im Interesse der Aufrechterhaltung der imperialistischen Klassengesellschaft zu spalten.“ (Kleines Politisches Wörterbuch, Ostberlin 1967, S. 46)

Bethmann Hollweg, Theobald von: War ein liberaler Politiker im deutschen Kaiserreich und von 1909 bis 1917 Reichskanzler. Er forcierte eine alle politischen Kräfte des Kaiserreichs einbindende Politik, da er ruhige innenpolitische Verhältnisse als Grundlage für die aggressive Ausdehnung der deutschen Machtsphären in alle Welt (Kolonien, Mitteleuropa usw.) ansah.

Burgfriedenspolitik: Politik der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften im I. Weltkrieg. „Unter Bruch der Beschlüsse der II. Internationale [...] und ihrer eigenen Parteien verzichteten sie auf die Führung des Klassenkampfes gegen die herrschende Klasse [...] und unterstützten die Kriegspolitik der eigenen Regierung auf vielfache Weise.“ (Kleines Politisches Wörterbuch, Ostberlin 1967, S. 112)

Demagogie / Friedensdemagogie: Neben der sozialen Demagogie von rechten und faschistischen Kräften, die auf die Spaltung der Arbeiterklasse und ihre Integration in den kapitalistischen Ordnungsrahmen abzielt, betreiben Faschisten auch eine Friedensdemagogie. So kritisieren sie z.B. Auslandseinsätze der Bundeswehr und proklamieren „nie wieder Krieg nach unserem Sieg“. Allerdings, und das ist zentral für den Begriff der Demagogie, geht es ihnen nicht um eine Absage an Krieg als Mittel der Politik als solches, sondern eine deutsche Außenpolitik, die sich nicht mehr – realen oder vermeintlichen – Interessen der USA unterordnet. Ziel der Faschisten ist also eine eigenständige, von Bündnissen mit den USA unabhängige deutsche Militärpolitik.

Despotismus: der Duden sagt: System der Gewaltherrschaft, unumschränkte Herrschergewalt. Extraprofit: (auch Monopolprofit) Profit, den marktbeherrschende Unternehmen im Kapitalismus erzielen und der die Profite nichtmonopolistischer Unternehmen übersteigt. Dieser kann zur „Bestechung“ von Teilen der Arbeiterklasse eingesetzt werden (vgl. Begriff Arbeiteraristokratie).

Falke(n): Allg. Bezeichnung für politische Hardliner, meist aus dem rechten Lager. Hier wird u.a. der israelische Politiker Liberman als Falke bezeichnet, da er nicht nur einen aggressiven und relativ kompromisslosen Kurs gegen die Palästinenser fährt, sondern innenpolitisch zugleich einen stärker autoritären, sich weniger auf den Parlamentarismus gestützten Staat Israel ansteuert.

Fiktives Kapital: Als fiktives Kapital bezeichnet Marx „Ansprüche, Rechtstitel auf künftige Produktion, deren Geld- oder Kapitalwert entweder gar kein Kapital repräsentiert, wie bei den Staatsschulden, oder von dem Wert des wirklichen Kapitals, das sie vorstellen, unabhängig reguliert wird.“ (MEW 25, S. 486) Diese Definition besagt, dass die oft beschworene Abkoppelung der Finanz- von der Realwirtschaft (materielle Produktion) ihre Grenzen hat: Zwar kann zeitweise mit Titeln, fiktivem Kapital usw. gehandelt werden, allerdings platzt die Blase, wenn die Bodenlosigkeit des erwarteten Wachstums letztlich erkannt wird. Die materielle Produktion von Waren bleibt daher die Grundlage aller Wertproduktion und kann nicht nur das Hin- und Herschieben von ideellen Zahlenbeträgen ersetzt werden. Großmufti von Jerusalem: Mohammed Amin al-Husseini, um den es in unserem Kontext geht, war ein islamischer Gelehrter und ein panarabischer, später palästinensischer Nationalist. Im ersten Weltkrieg arbeitete er für die Briten. Früh kritisierte al-Husseini die Einwanderung von Jüdinnen und Juden nach Palästina und war dabei u.a.

ANTIIMPERIALISMUS

von modernen antisemitischen Vorstellungen (Weltverschwörung, „Protokolle der Weisen von Zion“) getrieben. Schon vor der Staatsgründung Israels und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs heizte al-Husseini antisemitische Ausschreitungen in Palästina an. 1941 floh er nach Berlin, wo er von Hitler großzügig unterstützt wurde und als SS-Mitglied selbst an der Aufstellung der muslimischen SS-Bataillone „Handschar“ (Kroatien) und „Skanderbeg“ (Albanien) beteiligt war. Nach dem Krieg wurde er nicht verurteilt; die Alliierten ließen ihn nach Ägypten ins Exil gehen, von wo er seine Ideen weiterverbreitete.

Hamas: ist eine sunnitisch-islamistische Palästinenser-Organisation, die (das ist umstritten bzw. wird von einigen geleugnet) den Staat Israel mit terroristischen Mitteln beseitigen und einen islamischen Staat errichten will. Sie wurde 1987 als Zweig der Muslimbruderschaft unter anderem von Ahmad Yasin gegründet. Sie besteht aus den paramilitärischen Qassam-Brigaden, einem Hilfswerk und einer politischen Partei.

Hisbollah: ist eine islamistische, schiitische Partei und Miliz im Libanon. Seit 1992 ist die Hisbollah auch in der libanesischen Nationalversammlung vertreten. Sie stellt zurzeit etwa ein Dutzend Parlamentsabgeordnete und war schon in mehreren Kabinetten der libanesischen Regierung vertreten. Einige Staaten führen die Hisbollah als Terrororganisation auf.

Hegemonie: altgriech. für „Oberkommando“ oder „Heerführung“; Der ital. Marxist A. Gramsci bezeichnet Hegemonie als die „Vorherrschaft einer sozialen Gruppe“, die sich als „Beherrschung und als intellektuelle sowie moralische Führung“ zeige. „Sie ist führend gegenüber den verbündeten Klassen und herrschend gegenüber den gegnerischen Klassen. Deswegen kann eine Klasse bereits bevor sie an die Macht kommt »führend« sein (und muß es sein): wenn sie an der Macht ist, wird sie herrschend, bleibt aber auch weiterhin »führend«. [...] Es kann und es muß eine »politische Hegemonie« auch vor dem Regierungsantritt geben, und man darf nicht nur auf die durch ihn verliehene Macht und die materielle Stärke zählen, um die politische Führung oder Hegemonie auszuüben.“ (Gefängnishefte, Heft I §44, S. 101f) Auf dem Gebiet der internationalen Politik spricht man von der Hegemonie eines starken (imperialistischen) Staates über schwächere, verbündete und/oder politisch und wirtschaftlich abhängige Staaten.

Ideeller Gesamtkapitalist: Nach Engels ist „der moderne Staat [...] nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch immer seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist.“ (MEW 20, S. 260) Das heißt, dass der Staat per Gewaltmonopol die Einhaltung von Verträgen (ohne die der Kapitalismus nicht existieren kann) und die Klassenherrschaft absichert. Dazu ist es für ihn manchmal nötig, einzelne Kapitalisten in die Schranken zu weisen, um den Gesamtprozess der kapitalistischen Reproduktion nicht zu gefährden. Im Monopolkapitalismus/Imperialismus wird der Staat zunehmend „ideeller Gesamtmonopolist“, indem er zwar weiterhin die wesentlichen Reproduktionsbedingungen garantiert, jedoch verstärkt die Interessen der großen Kapitale durchsetzt und vertritt.

Imperialismus als Hemmnis der Produktivkraftentwicklung: Im Kapitalismus der freien Konkurrenz, als es zwar Größenunterschiede zwischen den Unternehmen gab, diese jedoch noch nicht zur Herausbildung von Monopolen führten, waren Unternehmen gezwungen, ihre Konkurrenten durch technische Innovationen (die zu günstigerer Produktion usw. führen) zu überflügeln. Im Imperialismus/Monopolkapitalismus findet zwar immer noch technologischer Fortschritt statt, allerdings können die großen Monopole Erfindungen, die ihre Stellung langfristig gefährden würdenn, ganz entspannt zurückhalten, Patente für derartige Dinge aufkaufen und dann wegschließen usw. Auf der anderen Seite zeichnen sich die imperialistischen Staaten durch eine seit Jahrzehnten hohe Sockelarbeitslosigkeit aus: Viele Menschen sind ohne Erwerbsarbeit, da für sie keine produktive Verwendung mehr gefunden werden kann, weshalb sie vom Staat als Kostenfaktor angesehen und als solcher bekämpft werden (Agenda 2010/Hartz-Gesetze). In einer nach den Bedürfnissen der Bevölkerung organisierten Gesellschaft wäre es möglich, die Arbeit so auf alle Mitglieder zu verteilen, dass alle arbeiten, aber niemand überarbeitet wird.

Irak-Krieg 2003: Zum wiederholten Male griffen die USA und Verbündete im Jahr 2003 den Irak an und stürzten das Regime unter Saddam Hussein. Den (erlogenen) Vorwand lieferte die angebliche Unterstützung der Terrororganisation Al-Qaida durch die Bath-Partei sowie der ebenfalls erlogene Vorwurf, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen. Wie effektiv dieser Krieg zur „Bekämpfung des Terrors“ letztlich war, lässt sich heute gut am Siegeszug des Islamischen Staats (IS) im Irak und in Syrien analysieren.

Islamischer Staat (IS): Zurzeit führende islamistische Terrororganisation, die v.a. im Irak und Syrien aktiv ist, wo sie weite Teile des Landes unter ihre Kontrolle gebracht hat. Das Ziel des Islamischen Staats ist die Errichtung eines sunnitischen Kalifats, das sich perspektivisch bis über die „heiligen Stätten des Islam“ erstrecken soll.

Jazenjuk, Arsenij: seit Februar 2014 Ministerpräsident der Ukraine. Vorher war er u.a. Präsident des ukrainischen Parlaments (Rada) und Außenminister. Wie Timoschenko und Klitschko war auch er ein Kopf des Euromaidans.

Kapitalkonzentration und -zentralisation: Die Kapitalkonzentration ist das „Anwachsen des Kapitalumfangs“ in den Händen von Kapitalisten und Unternehmen bzw. entsprechenden Gruppen „durch Akkumulation von Kapital, d.h. durch Rückverwandlung“ eines Teils des erzielten Gewinns „in Kapital für die Erweiterung der Produktion.“ (Kleines Politisches Wörterbuch, Ostberlin 1967, S. 357). Die Zentralisation von Kapital bezeichnet hingegen das Wachstum von Unternehmen und Konzernen durch die Übernahme (z.B. den Kauf) von Konkurrenten: „Es ist Konzentration bereits gebildeter Kapitale, Aufhebung ihrer individuellen Selbstständigkeit, Enteignung von Kapitalist durch Kapitalist, Verwandlung vieler kleineren in weniger größere Kapitale. [...] Das Kapital schwillt hier in einer Hand zu großen Massen, weil es dort in vielen Händen verloren geht.“ (MEW 23, S. 654) V.a. im Imperialismus/Monopolkapitalismus spielt die Zentralisation von Kapital (u.a. infolge der gestiegenen Relevanz der Finanzmärkte) eine große Rolle.

Klitschko, Vitali: Früher Profiboxer von Weltrang, heute Ziehkind der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und Bürgermeister von Kiew. Ist der „deutsche Mann“ in der Ukraine und setzt dort für Merkel und Co. deutsche Interessen durch – zur Not auch mit der Unterstützung offen faschistischer Kräfte.

Kompradorenbourgeoisie: Mit diesem Begriff bezeichnen einige Vertreter der marxistischen Theorie (z.B. Nicos Poulantzas) und die Dependenztheorie Kapitalisten und Unternehmen, die in den abhängigen Staaten dem imperia-

listischen Kapital unterworfen sind und diesem als „finanzielles und kommerzielles Gelenk“ dienen. (Poulantzas, Die Krise der Diktaturen, 1977, S. 12)

MPLA: Movimento Popular de Libertação de Angola (deutsch: Volksbewegung zur Befreiung Angolas) war eine der drei wichtigsten angolanischen Befreiungsbewegungen gegen die Kolonialmacht Portugal und ist seit der Unabhängigkeit des Landes dort die beherrschende Partei. (Wikipedia) Unterstützung von der UdSSR und Kuba führte sie einen erfolgreichen Guerillakrieg gegen Portugal und andere Gruppen. Nach der Machtübernahme orientierte sie sich an den sozialistischen Staaten, schwenkte zu Beginn der 90er Jahre jedoch auf einen sozialdemokratischen Kurs um.

Monopol: „Alleinrecht und -herrschaft; Ausschließlichkeitsrecht; die verwandelte Form des Kapitals im Imperialismus, die auf der Grundlage eines hohen Grades der Konzentration der Produktion und des Kapitals die freie Konkurrenz ausschaltet und dadurch eine ökonomische und politische Machtposition sichert [...]“ (Kleines Politisches Wörterbuch, Ostberlin 1967, S. 422)

Nation building: Bedeutet allg. die Bildung von Nationen und Nationalstaaten. In unserem Kontext ist aber z.B. die Strategie westlicher Staaten (z.B. im Jugoslawien-Krieg) gemeint, ethnische Konflikte in einem Staat zu schüren, diesen dann zu zerschlagen, um den daraus entstehenden neuen Staaten als Hegemonialmacht gegenüberzutreten zu können. So nutzte z.B. die BRD den Jugoslawienkrieg, um ihren Einfluss auf dem Balkan massiv zu vergrößern. In engem Bezug zu diesem Begriff steht der des „Regime changes“ (vgl. Begriffserklärung hier im Glossar).

Nelkenrevolution: Bezeichnung für den linksgerichteten Staatsstreich von Teilen des Militärs, der von großen Teilen der Zivilbevölkerung mitvorbereitet und unterstützt wurde und der am 25. April 1974 erfolgreich die autoritäre Diktatur in Portugal beendete. Massiv getragen wurde die Nelkenrevolution von der Arbeiterbewegung und den Kommunisten, allerdings führte der Einfluss der europäischen Sozialdemokratie zur Abkehr von einem sozialistischen Kurs und zur (Re-)integration in das „westliche“ politische System.

Peripherie: Übersetzung aus dem Altgriech.: „Umfeld“, „Umland“. In unserem Kontext bezeichnet das Wort die Gebiete, die zwar kapitalistisch sind, jedoch nicht zu den Zentren des Kapitalismus gezählt werden (Schwellenländer, „3. Welt“).

Pogrom: Ein Pogrom ist eine gewalttätige Ausschreitung gegen Menschen, die a) einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe angehören und/oder ihr b) zugeordnet werden. Ursprünglich wurde der Begriff Pogrom für Ausschreitungen gegen (vermeintliche) Jüdinnen und Juden reserviert, mittlerweile spricht man jedoch auch von Pogromen gegen AsylantInnen usw.

Poroschenko, Petro: 7. größter Oligarch der Ukraine und seit Mai 2014 Gewinner der ukrainischen Präsidentschaftswahlen. Das findet Deutschland nur mittelmäßig gut, weil er eher den USA zugeneigt ist und Deutschland die Ukraine traditionell gern als seinen Hinterhof hätte.

Proletarischer Internationalismus: „die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.“ (Kommunistisches Manifest, S. 83) Wir führen den Klassenkampf also notwendig auf nationaler Ebene (gegen „unsere“ Bourgeoisie), dieser Kampf ist jedoch Teil des weltweiten Kampfes der Arbeiter und der anderen Unterdrückten gegen alle Bourgeoisien überall. (Vgl. dazu die Bildungszeitung zum Thema)

Querfront: Bezeichnet die Zusammenarbeit von linken und rechten Kräften. Historisch haben rechte Kräfte immer wieder Strategien entwickelt, an linke Diskurse und Themen der Arbeiterbewegung (Soziale Frage, Antikapitalismus usw.) anzudocken, um sie letztlich umzudeuten und Protest systemkonform umzuleiten.

Regime Change: Dieser Begriff bezeichnet den Austausch einer Regierung durch eine andere mittels einer militärischen Intervention (Bsp. Jugoslawien, Afghanistan, Irak), eines Staatsstreichs (Iran, Chile) oder einer Erhebung der Massen (Libyen). Die Übergänge der verschiedenen Formen sind dabei fließend und treten in der Regel gemeinsam auf (z.B. wurde der Sturz der Gaddafi-Regierung in Libyen von westlichen Staaten mitvorbereitet und auf vielfältige Weise unterstützt).

Roll back-Politik: bezeichnet die von den USA angeführte Politik der westlichen Staatengemeinschaft, den Einfluss der sozialistischen Staaten in der Welt, v.a. den der UdSSR, mit politischen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt auch militärischen Mitteln aggressiv zurückzudrängen.

Russischer Imperialismus: In der marxistischen Linken gibt es zurzeit eine intensive Debatte über unsere Position zu Russland und seiner Politik. Eng verbunden damit ist die Frage, ob Russland gegenwärtig als ein imperialistischer Staat mit eigenen imperialistischen Machtbestrebungen bezeichnet werden kann. Eine Antwort kann hier nicht gegeben werden, allerdings verweisen wir auf Ausgabe 37 der Zeitschrift Theorie und Praxis, in der diese Debatte geführt wird: <http://theoriepraxis.wordpress.com/category/ausgaben/heft-37-september-2014/>

Sozialchauvinismus: „Sozialchauvinismus ist das Eintreten für die Idee der Vaterlandsverteidigung in diesem Kriege. Aus dieser Idee ergibt sich weiter der Verzicht auf den Klassenkampf während des Krieges, die Bewilligung der Kriegskredite usw. In Wirklichkeit treiben die Sozialchauvinisten eine antiproletarische, eine bürgerliche Politik, denn was sie verfechten, ist in Wirklichkeit nicht die ‚Verteidigung des Vaterlandes‘ im Sinne des Kampfes gegen eine Fremdherrschaft, sondern das ‚Recht‘ dieser oder jener ‚Großmächte, Kolonien auszuplündern und fremde Völker zu unterdrücken.“ (Lenin, Sozialismus und Krieg, 1915/16)

Sozialistisches Lager: Der sowjetische Politiker Andrei Schdanow erklärte in einer Rede vor kommunistischen Parteien im Jahr 1947: „Das durch den Zweiten Weltkrieg veränderte Kräfteverhältnis zwischen der Welt des Kapitalismus und der Welt des Sozialismus hat die Bedeutung der Außenpolitik des Sowjetstaates noch erhöht und die Maßstäbe seiner außenpolitischen Aktivität erweitert. Die Aufgabe der Sicherung eines gerechten demokratischen Friedens faßte alle Kräfte des antiimperialistischen und antifaschistischen Lagers zusammen. Auf dieser Grundlage wuchs und erstarkte die freundschaftliche Zusammenarbeit der UdSSR und der demokratischen Länder in allen Fragen der Außenpolitik. Diese Länder [...] erwiesen sich als standhafte Kämpfer für den Frieden, für die Demokratie und für ihre Freiheit und Unabhängigkeit gegen alle Versuche der USA und Englands, ihre Entwicklung

zurückzudrehen und sie erneut unter das imperialistische Joch zu zwingen.“

Technologische Lücke / amerikanische Herausforderung: einen technologischen Rückstand der eigenen bzw. Vorsprung der anderen Staaten/Wirtschaften unterstellender Begriff. In der BRD wurde dieser Diskurs v.a. genutzt, um das deutsche Kapital perspektivisch wieder auf Augenhöhe mit dem US-amerikanischen zu heben.

SDAJ-Bildungszeitung 02/2014

ANTIIMPERIALISMUS

Timoschenko, Juliya: ehem. ukrainische Ministerpräsidentin, die nach ihrer Amtszeit wegen Amtsmissbrauchs in den Knast musste. Das macht sie für den Westen zu einer Freiheitskämpferin. Mit Klitschko und anderen war sie der Kopf der Euromaidan-Bewegung und möchte Wladimir Putin gern eine Kugel in den Kopf jagen.

Zionismus: Politische Bewegungen mit Ursprüngen im 19. Jahrhundert. Im Zuge der europäischen Nationalstaatsbildungen forderten auch einige jüdische Intellektuelle wie Theodor Herzl einen eigenen jüdischen Nationalstaat, der die für die Juden heilige Stadt Jerusalem umfassen sollte. Im Zuge des um sich greifenden und sich zunehmend rassistisch aufstellenden Antisemitismus des späten 19. und 20. Jahrhunderts bekam der Zionismus immer mehr Fürsprecher.

LITERATURLISTE (ZITIERTER TEXTE + HINTERGRUNDLEKTÜRE)

Fülberth, Georg (1993): Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus. Vom Spätsozialismus zur nationalen Restauration.

Lenin, W.I. (1917): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus – Gemeinverständlicher Abriß, LW 22.

Maier, Lutz (1971): Der Imperialismus der BRD.

Marxistische Blätter Jg. 46, H. 1 (2008): Die Linke und das Nationale.

Marxistische Blätter Jg. 48, H. 3 (2010): A-Free-Ca. Grenzen der Befreiung?

Marxistische Blätter Jg. 49, H. 2 (2011): Imperialismus 3.0.

Marxistische Blätter Jg. 50, H. 1 (2012): Strategien des deutschen Kapitals. Zur Erinnerung an Reinhard Opitz.

Oehme, Johannes (Hg.) (2012): Neues vom Hauptfeind. Analysen zum deutschen Imperialismus.

Oehme, Johannes (Hg.) (2014): Genzenloser Friede? Neue Analysen zum deutschen Imperialismus.

Opitz, Reinhard (Hg.) (1977): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945.

Wehr, Andreas (2012): Die Europäische Union.

Wehr, Andreas (2013): Der Europäische Traum und die Wirklichkeit – Über Habermas, Rifkin, Cohn-Bendit, Beck und die anderen.

